

Neue Hoffnung für Somalia?

Reinhard Pohl,
Journalist

Herkunftsländer und Perspektiven

Seit 1991 gilt Somalia als hoffnungsloser Fall: Einem Bündnis von Befreiungsbewegungen gelang es damals, den langjährigen Diktator Siad Barre zu stürzen. Danach zerfiel das Bündnis, eine neue Regierung kam nicht zustande. Seitdem gilt Somalia als „gescheiterter Staat“. Rund 5.000 Flüchtlinge schaffen es jedes Jahr nach Deutschland, und auch das Aufnahmeprogramm des Landes Schleswig-Holstein konzentriert sich im ersten Zugriff auf Frauen aus Somalia, die in Ägypten gestrandet sind.

Das Leben in Somalia ist schwer. Traditionell beziehen sich die Menschen auf ihre Familie und ihren Clan. Das hat sich in der Zeit der Bürgerkriege von 1991 bis heute verstärkt, vor allem weil staatliche Strukturen als Alternative fehlen. Doch das Land ist auch von den Folgen der weltweiten Klimaveränderungen besonders betroffen, wird langfristig trockener, die seltenen heftigen Regenfälle führen zu verheerenden Überschwemmungen.

Die unsichere Lage hat dazu geführt, dass sich die mit al-Qaida verbündete Shabaab-Miliz in weiten Teilen des Landes festsetzen konnte, sie hat auch eine Reihe von Anschlägen in Kenia durchgeführt. Verschiedene Teile des Landes haben sich abgespalten, so Somaliland im Norden, Puntland im Nordosten und Jubaland im Süden. Während Somaliland mit den Vereinigten Arabischen Emiraten zusammenarbeitet, sind im Jubaland kenianische Truppe stationiert. Im Zentrum Somalias sind Truppen aus Äthiopien und Uganda, letztere im Auftrag der Afrikanischen Union (AU). Darüber hinaus ist die dort ansässige und international anerkannte Regierung mit Katar und der Türkei verbündet, die Türkei unterhält dort einen großen Militärstützpunkt.

Inzwischen konnten viele Gebiete von den Shabaab-Milizen befreit werden, allerdings hat damit die Zahl der Anschläge in der Hauptstadt zugenommen. In den letzten Monaten waren mehrere prominente Frauen betroffen, die dabei starben.

Somalia und Republik Somalia

Die offizielle Fahne der Republik Somalia, heute Bundesrepublik Somalia, zeigt einen fünfzackigen weißen Stern auf blauem Grund. Dieser Stern symbolisiert die somalische Bevölkerung, aufgeteilt auf fünf Gebiete: Britisch-Kenia, Italienisch-Somalia, Britisch-Somalia, Französisch-Somalia und Äthiopien. Heute sind dies Kenia, Äthiopien, Dschibouti, Somaliland und die Bundesrepublik Somalia. Für Flüchtlinge bedeutet das, dass sie von Somalia aus zunächst in die Nachbarstaaten ausweichen, weil die angrenzenden Gebiete ebenfalls von Somalis bewohnt werden und dort Somali gesprochen wird.

Das macht es aber schwer, Zahlen über die Bevölkerung zu liefern, denn auch Kenia und Äthiopien sind nicht gerade Staaten mit einer gut organisierten Regierung. Viele schaffen es erst später, eine Flucht in ein Land zu organisieren, in dem sie sich eine neue Zukunft aufbauen können. Nach Europa führt der Weg fast ausschließlich über den Sudan, Ägypten, Libyen und auf das Mittelmeer. Außer in Europa (Deutschland oder Schweden) lebt noch eine große somalische Bevölkerungsgruppe in Kanada.

Normalisierung seit 2012?

Seit dem 1. August 2012 gibt es die Bundesrepublik Somalia. Nach der neuen Verfassung haben die einzelnen Bundesstaaten mehr Rechte und sind teilweise autonom – ein Angebot an die quasi selbständigen Gebiete, wieder zum Gesamtstaat zurück zu kehren. Wie viele Menschen in Somalia leben, ist nicht bekannt – die UNO schätzt die Bevölkerung aufgrund von Satelliten-Aufnahmen 2014 auf etwas über zwölf Millionen. Wegen des Fehlens staatlicher Einrichtungen, zum Beispiel Gesundheitsstationen, ist die Geburtenrate und die Kindersterblichkeit hoch, es könnte sein, dass heute schon 16 Millionen Menschen im Land leben.

Ein echtes Schulsystem gibt es nicht, nur in Somaliland ist seit 1994 eines aufgebaut worden. Vermutlich besuchen nur sieben Prozent der Mädchen und 13 Prozent der Jungen eine Grundschule.

2012 wurde Hassan Sheikh Mohamud zum Präsidenten gewählt, und zwar von einem durch Delegierte bestimmten Parlament, das unter dem Schutz ugandischer Soldaten auf dem Flughafen von Mogadishu tagte. Er regierte bis 2017 und beschäftigte sich im Wesentlichen

damit, mit den verschiedenen Milizchefs über eine Rückkehr ihrer Gebiete in einen gemeinsamen Staat zu verhandeln.

Im Februar 2017 wurde Mohamed Abdullahi Mohamed, genannt „Farmayo“, zum Präsidenten gewählt. Im Gegensatz zu den Präsidenten vor 2012, die jeweils in Kenia gewählt wurden und während ihrer Amtszeit auch in Kenia blieben, sind der Präsident und viele Minister jetzt oft in Somalia.

Im Herbst 2019 zeigten sich einige Elemente für eine Stabilisierung:

Somalias Nationalmannschaft gewann zum ersten Mal seit 35 Jahren ein Fußball-Länderspiel (1 : 0 gegen Zimbabwe in Katar). Nach 28 Jahren wurde die US-Botschaft in Mogadishu wiedereröffnet.

Und, das gehört dazu: Der Verwaltungsgerichtshof Baden-Württemberg (entspricht dem Oberverwaltungsgericht) sah keine grundsätzlichen Abschiebehindernisse für Somalia mehr.

Neue Staatlichkeit

Es zeigen sich auch andere Erscheinungen, die mit der neuen Staatlichkeit zusammenhängen.

So hat Somalia seit langem ungeklärte Grenzen. Das nutzen ausländische Mächte, zum Beispiel China und die EU, vor allem Spanien und Italien, um die Küstengewässer leer zu fischen oder Müll zu verklappen. Die Versuche einiger Milizen, das zu stoppen, waren nur zeitweise erfolgreich – die Boote, die sich selbst „Coast Guard“ nannten, wurden von der EU als „Piraten“ bezeichnet. Wenn sich die jetzige Regierung in Mogadishu durchsetzt, wird sie auch versuchen, die eigenen Küstengewässer zu schützen.

Wo diese genau liegen, ist aber ungeklärt. So gibt es im Süden, an der Grenze zu Kenia, verschiedene Auffassungen dazu, wie die Grenze jenseits der Küste verläuft, ob schräg in Richtung Südosten (wie die Landgrenze) oder horizontal, wie es Kenia gerne hätte. Das erste Problem ist, dass in diesen umstrittenen Gebieten Ölvorräte vermutet werden. Das zweite Problem ist, dass Kenia eine Regierung und eine Marine besitzt, in Somalia ist das erst im Aufbau.

Auch die Grenze zu Äthiopien ist ungeklärt. In den umstrittenen Gebieten leben auf beiden Seiten der Grenze Soma-

lis, und sie sind auf beiden Seiten der Grenze Nomad*innen. Die Betroffenen können traditionell mit der Ungewissheit leben, ob sie sich auf somalischem oder äthiopischen Gebiet befinden – sie wissen es nicht und es interessiert sie nicht. Beim Kontakt mit Milizen aller Art zählt die Bewaffnung und Verwandtschaft, nicht das Recht. Das ändert sich in dem Moment, wo Betroffene als Flüchtlinge in Deutschland ankommen: Das Bundesamt will genau wissen, wer aus Äthiopien und wer aus Somalia kommt. Jede unklare Situation wird schnell gegen die Betroffenen ausgelegt. Ihnen wird dann vorgeworfen, über ihre Identität zu täuschen oder ihre Mitwirkungspflichten zu vernachlässigen.

Flucht und Asyl

Auch aus Somalia kamen 2016 ungefähr viermal so viele Flüchtlinge wie vorher, seitdem haben sich die Zahlen bei 5.000 Asylanträgen pro Jahr eingependelt. Die „alten“ Verfahren sind größtenteils aufgearbeitet. Dabei ist die „Schutzquote“ bereinigt von den formalen Entscheidungen, meist Dublin-Entscheidungen, von fast 90 Prozent (2016) auf 67,9 Prozent (Ende Oktober 2019) gesunken (s. Tabelle).

Die hohe Anerkennungsquote darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass hierzulande auch Tausende abgelehnte Somalier*innen leben. Sie werden natürlich nicht abgeschoben und gerade hat das Innenministerium Schleswig-Holstein dem Flüchtlingsrat mitgeteilt, dass auch 2020 keine Abschiebungen nach Somalia geplant sind.

Insofern können sich alle um eine humanitäre Lösung bemühen, eine Ausbildung starten, Arbeit suchen oder sich an die Härtefallkommission wenden. Allerdings haben Somalier*innen durch die meist fehlende Schulbildung weit schlechte Ausgangspositionen als Flüchtlinge aus anderen Ländern.

	Entscheidungen	positiv	negativ-formell	Schutzquote	Bereinigte Schutzquote
2016	6.882	4.894	594	1.394	71,1 %
2017	18.746	11.402	2.349	4.995	60,8 %
2018	8.168	3.370	1.749	3.049	41,3 %
2019*	4.669	1.908	903	1.858	40,9 %

Positive Entscheidungen: Asyl, Flüchtlingsschutz, subsidiärer Schutz oder Abschiebungsverbot; negative Entscheidung: „unbegründet“ oder „offensichtlich unbegründet“; formelle Entscheidung: meistens „unzulässig“ (Dublin-Entscheidung); bereinigte Schutzquote: Anteil der positiven Entscheidungen an allen inhaltlichen Entscheidungen

Doch auch eine positive Entscheidung ist nicht das Ende des Kampfes um ein Bleiberecht. Zwar wird die humanitäre Aufenthaltserlaubnis auch bei fehlenden Papieren erteilt, nicht aber die Niederlassungserlaubnis und auch die Einbürgerung setzt unter anderem einen Pass sowie eine geklärte Identität voraus. Pässe werden von der Botschaft Somalias in Berlin ausgestellt, dazu sind auch alle verpflichtet, die keinen „blauen Pass“ als anerkannte Flüchtlinge erhalten haben. Diese Pässe werden aber von den Ausländerbehörden und anderen Behörden nicht anerkannt, sie sind nur ein Indiz für eine Identität. Die Klärung muss mithilfe von Aussagen von Zeug*innen oder Dokumenten, die vor 1991 ausgestellt wurden, verifiziert werden – für Betroffene und ihre Unterstützer*innen ein oft jahrelanger Spießbrutenlauf.

Die Ausländerbehörden entscheiden unterschiedlich streng, wann eine Identität geklärt ist und wann nicht. Allerdings wurden im Jahre 2018 genau 210 Personen aus Somalia eingebürgert, 130 Männer und 80 Frauen. Es kann also klappen, es werden bisher allerdings unter den hier lebenden Somalier*innen wenig Informationen ausgetauscht.

Treffen geplant

Deshalb lädt das ZEIK für den 23. Februar Somalier*innen aus Schleswig-Holstein und Hamburg zu einem Treffen ein. Zurzeit wird versucht, erste provisorische Einladungen zu verteilen. Es gibt nicht überall Kontakte untereinander, die Einladung zum Treffen muss zunächst durch Mund-zu-Mund-Propaganda weitergetragen werden.

Die aktuellen Einladungen zum Treffen für Somalier*innen und Unterstützer*innen unter: reinhard.pohl@gegenwind.info